



Nummer 19/2017 (10. bis 23. November 2017)

Inhaltsübersicht	Seite
THEMA DER WOCHE:	2
Chinas Reaktionen auf Scheitern von Jamaika	2
CHINA UND DIE WELT	2
Welche Rolle spielte China bei Umsturz in Simbabwe?	2
INNENPOLITIK, GESELLSCHAFT UND MEDIEN	3
China will Staatsunternehmen an der Finanzierung der Altersversorgung beteiligen	3
Human Rights Watch kritisiert Big Data-Plattformen in China	4
WIRTSCHAFT, FINANZEN UND TECHNOLOGIE	5
Ausländer dürften Mehrheit an chinesischen Banken übernehmen	5
„Neue Seidenstraße“: Pakistan und Nepal steigen aus Großprojekten aus	5
Volkswagen investiert in China zehn Milliarden Euro in die Entwicklung der Elektromobilität	6
Kurz gemeldet	6
DER EUROPÄISCHE BLICK	7
16+1 Gipfel in Ungarn wird zum Stresstest für europäischen Zusammenhalt	7
MAD MERIX	8
Gratis-Fischköpfe für Lebensretter – ein Leben lang	8

METRIX – Die Zahl der Woche

71,7
Millionen

Propagandamaterial wird zum Bestseller. 71,7 Millionen Dokumente und Bücher wurden rund um 19. Parteitag der KPC im Oktober verkauft. Dazu zählen der Bericht, den Xi Jinping zum Auftakt des Parteitags vorstellte sowie Fragen und Antworten rund um Xis Grundsatzrede und die KPC.

THEMA DER WOCHE: Chinas Medien und Jamaika

Chinas Reaktionen auf Scheitern von Jamaika

China nimmt das Scheitern der Koalitionsverhandlungen in Berlin zum Anlass für eine grundlegende Kritik am liberalen Demokratiemodell. Die **parteistaatliche Nachrichtenagentur Xinhua** sprach im Zusammenhang mit dem Abbruch der Jamaika-Verhandlungen von „Merkels Ende und Deutschlands trauriger Zukunft“. Ein **Bericht des Fernsehsenders CCTV** begründete das Ergebnis mit den „großen Umwälzungen in Deutschlands Wirtschaft und Gesellschaft“. Diese erschwerten es, die Stabilität in der Gesellschaft zu bewahren. Weiter hieß es, dass Deutschlands Stabilität „ziemlich fragil“ sei und die soziale Ordnung leicht „zerbrechen“ könne. Dies zeige sich besonders in Deutschlands politischem Alltag.

Viele chinesische Internetnutzer bezeichnen Angela Merkel als „**Baizuo**“, eine sogenannte „weiße Linke“. Diesen Beinamen verwenden sie für aus ihrer Sicht „naive, gebildete“ Menschen, die sich für Frieden und Gleichheit einsetzen, um ihren eigenen Anspruch auf moralische Überlegenheit zu untermauern. Diese Menschen würden sich um Themen wie Flüchtlinge, Minderheiten, Lesben und Schwule oder die Umwelt kümmern. Ihre sture Haltung, dem Prinzip der politischen Korrektheit zu folgen, führe so weit, dass sie Multikulti zuliebe den Einzug rückständiger islamischer Werte erlaubten.

Chinas Propaganda-Apparat ist geübt darin, Nachrichten aus dem Ausland zu nutzen, um Kritik an liberalen Demokratien zu äußern und gleichzeitig für Chinas politisches System zu werben. **Die vierzehntägig erscheinende Zeitschrift Qiushi** zur politischen Theorie schrieb kürzlich, dass westliche Demokratien eine „geldorientierte Politik und Populismus“ hervorgebracht hätten, wie sie zu anderen Ländern nicht passen. Gleichzeitig bezeichnete Qiushi China als die derzeit „größte Demokratie der Welt“.

Das schlechte Abschneiden linker Parteien und das gleichzeitige Erstarken rechtspopulistischer Parteien in westlichen Ländern, die zu einer Polarisierung des Parteiensystems geführt haben, bot China zuletzt immer wieder die Gelegenheit zu einem Lobgesang auf das eigene System.

CHINA UND DIE WELT

Welche Rolle spielte China bei Umsturz in Simbabwe?

Die **Diskussionen über Beijings möglichen Einfluss** auf den politischen Umsturz in Simbabwe spiegeln Chinas vielschichtige Interessen in Afrika wider. **Gerüchten zufolge** soll sich das Militär in Simbabwe vor der Entmachtung Robert Mugabes mit der chinesischen Regierung abgesprochen haben.

Genährt werden diese Spekulationen **durch die Tatsache**, dass Constantine Guveya Chiwenga, der Chef des Militärs von Simbabwe, sich wenige Tage zuvor in Beijing mit Verteidigungsminister Chang Wangquan sowie General Li Zuocheng, dem Chef des Generalstabs unter Führung der Zentralen Mili-

tärkommission, getroffen hatte. Beijing hatte zwar betont, es habe sich bei dem Treffen um einen regulären militärischen Austausch gehandelt, doch die offiziellen Reaktionen aus Beijing auf den Umsturzversuch und den Rücktritt von Mugabe überraschten. So verurteilte die chinesische Führung die Amtsenthaltung ihres langjährigen Partners Mugabes ausdrücklich nicht. Zudem signalisierten offizielle Kommentare in parteistaatlichen Medien großes Verständnis für die Bevölkerung Simbabwes.

Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, dass China Mugabes Entscheidung respektiere und dass er ein „guter Freund des chinesischen Volkes“ bleibe. Die chinesische Regierung hatte schon länger mit Sorge beobachtet, dass chinesische Investitionen angesichts der Wirtschafts- und Innenpolitik von Präsident Mugabe immer riskanter wurden. Die Forderung nach stabilen Investitionsbedingungen hatte die chinesische Seite bei Mugabes letztem Besuch in Beijing im Januar 2017 deutlich formuliert.

China ist der größte Investor in Simbabwe, mit dem es seit 37 Jahren diplomatische Beziehungen unterhält. Doch Simbabwe ist nur noch eines von vielen Ländern Afrikas, in denen China sich wirtschaftlich und politisch engagiert. Für zahlreiche dieser Staaten ist Beijing inzwischen der wichtigste Wirtschaftspartner. Umgekehrt setzt China auf die Entwicklung von Exportmärkten für die eigene Wirtschaft und politische Unterstützung in internationalen Fragen.

Kurz gemeldet

- **Schutz vor Billig-Importen: EU verabschiedet neue Anti-Dumping Regeln**
- **Wettbewerbspolitik: EU und China starten Dialog zur Beihilfekontrolle**
- **China-EU: Vierte Ausgabe des "High-level People to People Dialogue" in Shanghai abgehalten**

INNENPOLITIK, GESELLSCHAFT UND MEDIEN

China will Staatsunternehmen an der Finanzierung der Altersversorgung beteiligen

Angesichts der demografischen Herausforderung, vor der China mit seiner alternden Bevölkerung steht, sollen Staatsunternehmen künftig zehn Prozent ihrer Anteile einsetzen, um das unterfinanzierte Pensionssystem zu stärken. Am 18. November hat der **Staatsrat ein entsprechendes Dokument veröffentlicht**.

Zunächst sollen bis zu fünf Unternehmen und zwei Finanzinstitutionen im Rahmen eines Pilotprojektes erste Erfahrungen sammeln. Auf Basis der Ergebnisse sollen dann im kommenden Jahr weitere Unternehmen und Finanzinstitutionen dem Pilotprojekt folgen.

Die Mindestrente lag in China lange nur bei 55 CNY pro Monat. 2015 hatte die Zentralregierung den Satz auf 70 CNY angehoben. Dieser fällt jedoch je nach Region sehr unterschiedlich aus. In Shanghai beispielsweise lag er zuletzt zwischen 750 und 850 CNY, so hoch wie nirgendwo sonst in China.

Nach Angaben der UN wird sich der Anteil älterer Menschen in China an der Gesamtbevölkerung von derzeit zehn Prozent innerhalb der nächsten 20 Jahre verdoppeln.

Auf dem 19. Parteitag im Oktober hatte Xi Jinping angekündigt, China werde bis 2020 das Ziel eines „bescheidenen Wohlstands“ erreichen. Dabei hatte er auch konkrete Schritte in Aussicht gestellt, um eine **harmonischere Entwicklung** zu erreichen. Indem er die Staatsbetriebe maßgeblich in seine Pläne zur Reform der Altersversorgung einbezieht, stärkt er zugleich deren Rolle.

Human Rights Watch kritisiert Big Data-Plattformen in China

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat Beijing aufgefordert, den Aufbau von Big Data-Plattformen zu stoppen, die persönliche Daten von Bürgern sammeln und auswerten. Diese sollen es den Behörden erlauben, das Verhalten von Menschen zu verfolgen. **In einem Bericht** vom 19. November kritisiert die Gruppe die sogenannte „**Police Cloud**“ (警务云), die laut HRW unter anderem eingesetzt wird, um Aktivisten, Dissidenten und ethnische Minderheiten zu überwachen.

Auf Provinzebene werden seit 2015 Daten systematisch erfasst, **um den landesweiten Informationsaustausch** zu verbessern. Die Daten werden von Regierungsseite, aber auch von Dritten gesammelt. Darunter sind Adressen, Krankengeschichten oder Geburtsdaten. Indem Behörden diese mit Daten aus anderen Quellen verknüpfen, erhoffen sie sich Informationen über versteckte Verbindungen und Muster, die es möglich machen, Verhalten vorherzusagen.

Mit Blick auf das langfristige Ziel der chinesischen Regierung, ein umfassendes gesellschaftliches Bonitätssystem aufzubauen, um das Verhalten von Bürgern und Unternehmen zu beobachten, zu evaluieren und zu steuern, ist die „Police Cloud“ ein Beispiel dafür, wie weitreichend in China bereits Daten erhoben und genutzt werden. Noch ist die Polizei-Cloud nicht offiziell mit dem gesellschaftlichen Bonitätssystem verknüpft, doch sie ist Ausdruck desselben Trends: der immer tiefer greifenden Nutzung von Daten, um Menschen zu beobachten und zu bewerten, ohne Rücksichtnahme auf den Schutz der Privatsphäre.

„Privatsphäre und Datenschutz werden in China auch zunehmend diskutiert, aber der Fokus liegt häufig auf privaten Anbietern. Die Behörden werden dagegen nicht so gründlich überwacht.“ Mareike Ohlberg, wissenschaftliche Mitarbeiterin am MERICS.

Kurz gemeldet

- **Deutliche Kritik: Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung bedauert Verurteilung von chinesischem Menschenrechtsanwalt**
- **Australien: Verlag stoppt Veröffentlichung eines China-kritischen Buchs aus Sorge um chinesische Vergeltungsmaßnahmen**
- **Freedom House Report: China im dritten Jahr in Folge Land mit geringster Internetfreiheit**
- **Stärkung der politischen Kontrolle: KPC ordnet Einrichtung von Parteizellen in ausländisch finanzierten Universitäten an**
- **„Xi Jinping – Anführer einer neuen Ära“: Xinhua-Artikel stärkt Personenkult**
- **Deutsche Fußballfans zeigen tibetische Flagge: Chinas U-20-Team unterbricht erstes Spiel gegen Viertliga-Verein**

WIRTSCHAFT, FINANZEN UND TECHNOLOGIE

Ausländer dürften Mehrheit an chinesischen Banken übernehmen

Nach langem Zögern ist China bereit, seinen Finanzmarkt zu öffnen. Am 10. November gab der stellvertretende chinesische Finanzminister Zhu Guangyao bekannt, dass ausländische Firmen künftig bis zu 51 Prozent an Banken, Fondsmanagement-Unternehmen und Versicherern übernehmen dürfen. Diese Grenze soll in drei Jahren aufgehoben werden. Die Regelung greift für Banken und Vermögensverwaltungen mit sofortiger Wirkung. Für Lebensversicherungen wird die Grenze in drei Jahren auf 51 Prozent an- und in fünf Jahren aufgehoben.

Dieser lang erwartete Schritt erlaubt es ausländischen Finanzmarktakteuren, in China unabhängiger tätig zu werden. Aber auch Beijing dürfte in vielerlei Hinsicht profitieren: Erstens wird der Wettbewerb die einheimischen Unternehmen zwingen, ihre Standards zu verbessern. Zweitens bedeutet der bessere Zugang ausländischer Fonds auch neue Liquidität für die Kapitalmärkte. Drittens können chinesische Firmen von der Zusammenarbeit mit ihren ausländischen Partnern profitieren. Und viertens dürfte die Entscheidung die USA milde stimmen, hatten sie doch seit langem auf einen besseren Zugang zum Finanzmarkt gedrängt.

Die Ankündigung von Vize-Finanzminister Zhu am letzten Tag des Besuchs von US-Präsident Trump in China hatte Spekulationen befeuert, dass dieser Schritt ein Zugeständnis an die Forderungen der USA bedeutet. Doch die Tatsache, dass die US-Delegation nicht informiert wurde, könnte zugleich als Hinweis verstanden werden, dass China diesen Schritt bereits viel länger geplant hatte.

Führende Vertreter der US-Finanzindustrie zeigten sich sehr zufrieden. Morgan Stanley und Goldman Sachs kündigten umgehend an, dass sie ihre Anteile an chinesischen Joint Venture-Unternehmen auf 51 Prozent erhöhen wollten. Auch europäische Vertreter äußerten sich erfreut: Jörg Wuttke, früher Präsident der EU-Handelskammer in China, warnte allerdings zugleich: "Es ist ein großer Durchbruch für Wertpapierunternehmen, die wirklich nur mit Mehrheitsanteilen funktionieren. 51 Prozent öffnet ihnen die Tür. Aber wie immer wird China sehr selektiv sein, wenn es darum geht, Lizenzen zu vergeben, und amerikanische Firmen bevorzugen."

„Neue Seidenstraße“: Pakistan und Nepal steigen aus Großprojekten aus

Pakistan und Nepal ziehen sich aus zwei großen Staudamm-Projekten zurück, die von chinesischen Geldgebern finanziert werden sollten. Dies lässt Zweifel an der finanziellen Glaubwürdigkeit von Projekten aufkommen, die im Rahmen von Chinas ambitionierter neuer Seidenstraßen-Initiative (Belt-and-Road-Initiative, BRI) initiiert wurden.

Vergangene Woche stoppte Pakistan ein Projekt im Umfang von 14 Milliarden USD für den geplanten Diamer-Bhasha-Staudamm. Die Regierung in Islamabad will die strengen Auflagen Chinas nicht akzeptieren und stattdessen selbst für eine Finanzierung sorgen. Ebenfalls in der vergangenen Woche beendete die neue nepalesische Regierung ein 2,5 Milliarden USD schweres Projekt mit der chinesischen

Gezhouba Group. Diese war mit dem Bau des Budhigandaki-Staudamms beauftragt worden. Die Regierung begründete ihre Entscheidung damit, dass es kein öffentliches Ausschreibungsverfahren gegeben habe.

Es ist unwahrscheinlich, dass die gescheiterten Projekte Chinas Vorhaben aufhalten werden, Wirtschaftsverbindungen zwischen Asien, Afrika und Europa zu schaffen. Am Dienstag haben China und Pakistan einen langfristigen Plan **für den chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridor finalisiert**, der Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 57 Milliarden USD bis 2030 vorsieht. Insgesamt hat China 124 Milliarden USD **für BRI-Projekte zugesagt** und versucht, in großem Umfang Mittel **dafür zu beschaffen**.

Dennoch ist der Ausstieg Pakistans aus dem Vorzeigeprojekt peinlich für China, das von seinem Verbündeten offenbar überrascht wurde. Zugleich verdeutlicht der Fall die Unzufriedenheit über die mangelnde Transparenz bei Abkommen mit der chinesischen Regierung und staatlichen Unternehmen. In einigen Fällen haben Empfängerländer die chinesischen Vertragsbedingungen als inakzeptabel bezeichnet, darunter etwa die Forderung, chinesische Ausrüstung und Arbeitskräfte einzusetzen.

Volkswagen investiert in China zehn Milliarden Euro in die Entwicklung der Elektromobilität

Volkswagen reagiert auf den Druck der chinesischen Führung und will in den nächsten zwei bis drei Jahren in China mit seinen Partnerunternehmen verstärkt Elektroautos auf den Markt bringen. **Hierzu kündigte VW-Vorstand Jochen Heizmann** auf der Automesse in Guangdong bis zum Jahr 2025 Gesamtinvestitionen in Höhe von zehn Mrd. EUR an.

Innerhalb der nächsten acht Jahre sollen insgesamt 40 Modelle mit alternativen Antrieben in China produziert werden. Das erste Modell wird voraussichtlich Anfang kommenden Jahres gemeinsam mit dem Joint Venture Partner JAC Motors in Produktion gehen.

Die chinesische Regierung hatte zuletzt großen Druck auf ausländische Autobauer ausgeübt. Zum einen hat unter anderem das chinesische Industrieministerium Ende September den **finalen Gesetzesentwurf** zur Einführung einer Elektroquote verabschiedet, wonach ab 2019 zehn Prozent der in China hergestellten oder importierten Fahrzeuge alternative Antriebe haben müssen. Zum anderen erwägt die chinesische Regierung, Verbrennungsmotoren langfristig komplett zu verbieten.

Auch andere ausländische Hersteller haben reagiert und richten ihre Elektrostrategie verstärkt an China aus. Tesla zum Beispiel plant den Bau einer eigenen Fabrik in Shanghai. Ford hat zuletzt verkündet, knapp 700 Millionen EUR in die Produktion und den Verkauf von Elektroautos in China zu investieren.

Offen bleibt, wie sich in China die Nachfrage nach Elektroautos entwickelt. Bislang treiben staatliche Subventionen die Verkäufe an. 2016 besaßen allerdings nur etwa **zwei Prozent** aller verkauften Autos alternative Antriebe.

Kurz gemeldet

- **Bike-sharing-Blase platzt: Drittgrößtes chinesisches Unternehmen geht in Konkurs**

- Schattenbankensektor: Neue Regulierungen zur Minderung finanzieller Risiken
- Verlangsamtes Wachstum: Wirtschaft kühlt im Oktober nach Kampagne zur Steuerung des Kreditrisikos leicht ab
- Innere Mongolei: Autonome Region stoppt Infrastrukturprojekte mit Blick auf verstärkte Prüfung der Finanzierung durch Zentralregierung
- Staatsunternehmen: Weitere 31 Betriebe Teil einer Reform zum Aufbau halbstaatlicher Eigentumsverhältnisse
- Luftfahrtindustrie: Airbus plant weltweit zweites Innovationszentrum in Shenzhen

DER EUROPÄISCHE BLICK

16+1 Gipfel in Ungarn wird zum Stresstest für europäischen Zusammenhalt

Der 16+1-Gipfel am 27. November in Budapest dürfte zur Bewährungsprobe werden. China hat bislang seinen Versprechen, in der Heimatregion der elf zentral- und osteuropäischen EU-Mitglieder sowie der fünf beitriftswilligen Balkan-Staaten (CEEC) zu investieren, wenige Taten folgen lassen. Und so sind die Erwartungen an das Gipfeltreffen groß. Viele der Länder werden erneut versuchen, sich China als idealen Investitionsstandort zu präsentieren.

Die EU beobachtet das 16+1-Format dabei mit Sorge. Das Europäische Parlament hatte **2015 in einer Resolution** die EU-Mitglieder dazu aufgerufen, mit einer Stimme zu sprechen. Die EU-Position gegenüber China dürfe nicht geschwächt werden.

Die politischen Entwicklungen seit Bestehen des 16+1-Formats sind bemerkenswert, insbesondere der Institutionenaufbau. So gehören mittlerweile zu dem 16+1-Format regelmäßige Konferenzen auf Ministerienebene, Think Tank-Symposien, Mediendialoge sowie Kunst- und Kulturkooperationen. Zu den jüngsten Beispielen zählen **die China-CEEC Ministerkonferenz** zur Energiekooperation in Bukarest (8. November) sowie die Gründung eines 16+1-Koordinationssekretariats für Meeresfragen in Warschau (Oktober 2017).

Seit Bekanntgabe der chinesischen Belt and Road Initiative (BRI) vor vier Jahren diene das Format China als Plattform, um Infrastrukturprojekte voranzutreiben, die Asien und Europa verbinden sollen. China hofft für seine Güter, Arbeitskräfte und sein Kapital auf besseren Zugang zu europäischen Märkten. Umgekehrt wollen die zentral- und osteuropäischen Länder als Infrastrukturzentren von Chinas Seidenstraßeninitiative profitieren.

Trotz Chinas Ankündigung im vergangenen Jahr, in Zentral- und Osteuropa **zehn Mrd. EUR in Infrastrukturprojekte investieren** zu wollen, fließen die meisten chinesischen Investitionen nach wie vor in die vier größten westeuropäischen Länder **Großbritannien, Italien, Frankreich und Deutschland** – mit Ausnahme Ungarns, das ebenfalls bereits massiv profitierte. Der Bau der Eisenbahnverbindung Belgrad-Budapest dagegen – ein wichtiges BRI-Projekt in Osteuropa – wird noch immer von der EU blockiert.

Die Untersuchungen dauern an, ob während des Vergabeprozesses EU-Recht verletzt wurde. Der Gipfel in Budapest dürfte Aufschluss darüber geben, wer künftig zu den größten Gewinnern des 16+1-Formats zählt.

MAD MERIX

Gratis-Fischköpfe für Lebensretter – ein Leben lang

Über eine ungewöhnliche Belohnung für seine Heldentat konnte sich ein Mann in der ostchinesischen Provinz Zhejiang freuen. Der Computertechniker Liu Xinting rettete vier Menschen vor dem Ertrinken. Dafür erhält der mutige Mann nun lebenslang kostenlos gekochte Fischköpfe.

Während sich Liu mit Arbeitskollegen auf der Rückfahrt vom Mittagessen in einem Fisch-Restaurant nahe des Qiandao-Sees in Hangzhou befand, wurden sie Zeugen eines missglückten Überholmanövers. Ein Pkw stürzte dabei in den See und drohte, mitsamt den vier Insassen zu versinken. Liu handelte geistesgegenwärtig, sprang noch mit Kleidung und Schuhen in das kalte Wasser und brachte mit Unterstützung seiner Kollegen alle vier Personen unversehrt ans sichere Ufer. Ein Betreiber mehrerer Fisch-Restaurants in der Gegend würdigte den Einsatz der Retter schließlich auf seine ganz eigene Weise.

Während man außerhalb Chinas vielleicht eher von der etwas eigenartigen Belohnung überrascht sein dürfte, sorgt in der chinesischen Öffentlichkeit Lius selbstloses Handeln für Aufmerksamkeit. In China sterben laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) täglich rund 700 Menschen durch Verkehrsunfälle. Immer wieder tauchen Berichte und Videos auf, die teilnahmslose Zeugen zeigen, die gar nicht auf die Idee kommen, Hilfe zu leisten.

© Mercator Institute for China Studies (MERICS)

Dieser Newsletter fasst ausschließlich bereits veröffentlichte und frei zugängliche Medien und Nachrichtenartikel zusammen. Er unterstützt weder die darin vertretenen Meinungen, noch erklärt er die dafür verwendeten Quellen und Materialien für (rechts)gültig. Die Verwendung der Links beruht auf der Annahme, dass diese im Einklang mit bestehenden Gesetzen und Regularien erstellt worden sind. Die angegebenen Quellen spiegeln lediglich eine Auswahl wider. Auf Anfrage teilen wir Ihnen gern alle weiteren Quellen unserer Meldungen mit.